Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2690

19. 10. 95

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek

A. Zielsetzung

Bau einer Grenzbrücke über die Neiße im Raum Guben und Gubinek für den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 in Richtung Osten mit der polnischen Landesstraße 274 in Richtung Westen.

B. Lösung

Das am 20. März 1995 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine wesentlichen Auswirkungen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 01 – De 13/95 (NA 4)

Bonn, den 19. Oktober 1995

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 689. Sitzung am 13. Oktober 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 20. März 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek und dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Auf die in Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet polnisches Waren- und Dienstleistungssteuerrecht Anwendung. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(2) Für die in Artikel 9 Abs. 2 Satz 1 des Abkommens genannten Waren werden außer Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben. Dies gilt nicht bei der Einfuhr für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die in Artikel 9 des Abkommens vorgesehenen steuerlichen Bestimmungen sind mit Wirkung vom 21. März 1995 anzuwenden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Absatz 1 sieht die ausschließliche Anwendung des polnischen Waren- und Dienstleistungssteuerrechts im gesamten Baustellenbereich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vor. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß die Republik Polen nach Artikel 2 des Abkommens die Planung und Bauausführung übernimmt. Gleichzeitig wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung erleichtert.

Absatz 2 sieht vor, daß insbesondere auf die Erhebung von Einfuhrumsatzsteuer verzichtet wird. Damit sollen praktische Schwierigkeiten für Unternehmer und Verwaltung vermieden werden. Es handelt sich lediglich um eine steuertechnische Vereinfachung im Rahmen einer örtlich beschränkten Einzelmaßnahme, nicht um eine materielle Vergünstigung. Würde die Einfuhrumsatzsteuer erhoben, könnte sie von den bauausführenden Unternehmern in voller Höhe als Vorsteuer abgezogen werden. Einfuhren für die öffentlichen Bauverwaltungen (Endverbrauch) werden von der Regelung nicht erfaßt.

Absatz 3 sieht vor, daß die steuerlichen Bestimmungen nach Artikel 9 des Abkommens mit Wirkung vom 21. März 1995 anzuwenden sind. Um eine baldige Verbesserung der Verkehrsbeziehungen und eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Grenzbrücke zu ermöglichen, haben sich die Vertragsstaaten in Nummer 1 des Protokolls zu dem Abkommen darauf verständigt, mit den Bauarbeiten bereits nach Unterzeichnung des Abkommens und damit noch vor seinem Inkrafttreten zu beginnen. Um auch die Anwendung der steuerlichen Bestimmungen des Abkommens bereits ab Baubeginn sicherzustellen, ist die innerstaatliche Anwendung dieser Bestimmungen mit Wirkung vom 21. März 1995 vorgesehen. Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes stehen dieser rückwirkenden Anwendung nicht entgegen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Straßenbauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 1995 auf ca. 12,8 Millionen DM geschätzt; er wird vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen. Soweit die Verwaltungskosten nicht von der Republik Polen getragen werden, trägt sie das Land Brandenburg im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes).

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Vereinfachung der Besteuerung der mit dem Bau der Grenzbrücke zusammenhängenden Umsätze in gewissem Umfang auf die Erhebung von Umsatzsteuer (= Verzicht auf Umsatzsteuermehreinnahmen). Diesen Mindereinnahmen stehen jedoch Mehreinnahmen aus vergleichbaren Abkommen mit der Republik Polen gegenüber, in denen das Umsatzbesteuerungsrecht der Bundesrepublik Deutschland zugewiesen wurde (Abkommen vom 29. Juli 1992 über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec; Abkommen vom 23. April 1993 über den Autobahnzusammenschluß im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig). Die Höhe der Mehr- oder Mindereinnahmen läßt sich nicht schätzen; es ist jedoch zu erwarten, daß sich diese Mehr- und Mindereinnahmen weitgehend ausgleichen.

Im Wirtschaftsbereich sind in Einzelfällen auf regionaler Ebene geringfügige Preisanhebungen nicht völlig auszuschließen; sie lassen sich im voraus jedoch nicht quantifizieren. Bei der für Straßenbauwerke hier relativ geringen Auftragssumme von ca. 16 Millionen DM (geschätzt nach Kostenstand 1995) und angesichts des Gesamtvolumens im Marktsegment Baustoffe und Bauleistungen sind überregionale gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, durch die Nachfrage nach den hier vornehmlich benötigten Gütern Beton, Betonstahl sowie Spannstahl nicht zu erwarten.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek

Umowa między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o połączeniu niemieckiej drogi federalnej B 97 i polskiej drogi krajowej 274 oraz o budowie mostu granicznego w rejonie Guben i Gubinka

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Polen –

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die deutsche Bundesstraße B 97 in Richtung Osten und die polnische Landesstraße 274 in Richtung Westen sollen im Raum Guben und Gubinek zusammengeschlossen werden.

(2) Zu diesem Zweck werden folgende Bauvorhaben durchgeführt:

a) im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland der Bau der Ortsumgehung Guben im Zuge der deutschen Bundesstraße B 97 (Ortsumgehung Guben),

b) im Hoheitsgebiet der Republik Polen der Bau der Ortsumgehung Guben (Gubin) im Zuge der polnischen Landesstraße 274 (Ortsumgehung Guben (Gubin) sowie der Ausbau der bestehenden Zufahrtsstraße),

c) im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Republik Polen der Bau der Brücke über die Neiße (Grenzbrücke).

(3) Die Vertragsstaaten streben an, die in Absatz 2 genannten Bauvorhaben im Jahr 1998 fertigzustellen.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Die Republik Polen übernimmt die

a) Vermessung,

b) Planung und Entwurf,

c) Ausschreibung,

Republika Federalna Niemiec

i

Rzeczpospolita Polska

kierując się życzeniem usprawnienia ruchu drogowego między obydwoma Państwami oraz w tranzycie przez terytoria obydwu Państw, zgodnie z Traktatem między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17 czerwca 1991 r.

postanowiły, co następuje:

Artykuł 1

Przedmiot Umowy

1. Niemiecka droga federalna B 97 w kierunku wschodnim i polska droga krajowa 274 w kierunku zachodnim powinny być połączone w rejonie Guben i Gubinka.

2. W tym celu zrealizowane zostaną następujące przedsięwzięcia budowlane:

a) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec budowa objazdu miejscowości Guben w ciągu niemieckiej drogi federalnej B 97 (objazd miejscowości Guben),

b) na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej budowa objazdu miejscowości Gubin w ciągu polskiej drogi krajowej 274 (objazd miejscowości Gubin oraz modernizacja istniejącej drogi dojazdowej),

c) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej budowa mostu granicznego przez rzekę Nysę (most graniczny).

3. Umawiające się Strony dążą, aby przedsięwzięcia budowlane wymienione w ustępie 2 zostały zakończone w 1998 r.

Artykuł 2

Planowanie i wykonawstwo

1. Rzeczpospolita Polska przejmie wykonanie:

a) prac pomiarowych,

b) prac planistycznych i projektowych,

c) ogłoszenia przetargu,

d) Auftragsvergabe,

e) Prüfung der Ausführungsunterlagen,

f) Bauüberwachung und

g) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen

für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Für den Bau der Grenzbrücke werden die beauftragten Unternehmer im Bauvertrag verpflichtet, getrennte Rechnungen zu erstellen für

- die Widerlager und Pfeiler auf dem Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats und
- die Brückenüberbauten einschließlich derjenigen Leistungen, die nur für das gesamte Bauwerk erbracht werden können, nach dem Verhältnis der Längenanteile der Grenzbrücke, gemessen in Brückenachse zwischen den Auflagerachsen und der Grenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten.

(3) Die Grenzbrücke wird nach den in der Republik Polen geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Die Tragfähigkeit der Grenzbrücke nach der deutschen Norm DIN 1072 wird durch Vergleichsrechnung geprüft. Das Bundesministerium für Verkehr stellt der polnischen Seite den Text dieser Norm zur Verfügung. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Normen und Vorschriften vereinbaren.

(4) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die in Absatz 1 genannten Tätigkeiten für die Ortsumgehung Guben; die Republik Polen übernimmt die in Absatz 1 genannten Tätigkeiten für die Ortsumgehung Guben (Gubin).

d) zlecenia robót budowlanych,

e) sprawdzenia dokumentacji wykonawczej,

f) sprawowania nadzoru budowlanego,

g) sprawdzenia rozliczenia prac zleconych umowami,

dotyczących mostu granicznego, w porozumieniu z Republiką Federalną Niemiec.

2. Przy budowie mostu granicznego przedsiębiorstwa realizujące zlecenie zostaną zobowiązane w umowie o robotach budowlanych do wystawiania oddzielnych rachunków za wykonanie:

- przyczółków i filarów na teryorium każdej z Umawiających się Stron,
- górnych elementów mostu włącznie z tymi pracami, które mogą być wykonane tylko dla całego obiektu budowlanego, odpowiednio do długości części mostu granicznego mierzonych wzdłuż osi mostu między osiami skrajnych podpór, a granicą między terytoriami Umawiających się Stron.

3. Most graniczny będzie projektowany, wykonany i odebrany według norm i przepisów budowlanych obowiązujących w Rzeczypospolitej Polskiej. Nośność mostu granicznego zostanie sprawdzona według niemieckiej normy DIN 1072 przez przeprowadzenie obliczeń porównawczych. Federalne Ministerstwo Komunikacji Republiki Federalnej Niemiec udostępni stronie polskiej tekst tej normy. Dla pojedynczych elementów budowlanych Umawiające się Strony mogą uzgodnić zastosowanie niemieckich norm i przepisów.

4. Rzeczpospolita Polska przejmie wykonanie czynności wymienionych w ustępie 1 dla objazdu miejscowości Gubin; Republika Federalna Niemiec przejmie wykonanie czynności wymienionych w ustępie 1 dla objazdu miejscowości Guben.

Artikel 3

Grunderwerb

Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, daß auf seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Anlagen dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Artykuł 3

Pozyskanie gruntów

Każda z Umawiających sie Stron zadba, aby na jej terytorium zostały w odpowiednim czasie przekazane do dyspozycji, na stałe lub na czas określony, niezbędne tereny dla budowy urządzeń wymienionych w artykule 1 ustępie 2.

Artikel 4

Abnahme

(1) Die Abnahme der Bauleistungen für die Grenzbrücke wird von den zuständigen Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten polnischen Recht in Anwesenheit der beauftragten Unternehmer vorgenommen.

(2) Die Abnahme der Bauleistungen für die Ortsumgehung Guben wird von der zuständigen Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten deutschen Recht in Anwesenheit der beauftragten Unternehmer vorgenommen; die Abnahme der Bauleistungen für die Ortsumgehung Guben (Gubin) einschließlich der bestehenden Zufahrtsstraße wird von der zuständigen Verwaltung der Republik Polen nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten polnischen Recht in Anwesenheit der beauftragten Unternehmer vorgenommen.

Artykuł 4

Odbiór

1. Odbiór robót budowlanych dotyczących mostu granicznego dokonywany będzie przez właściwe administracje obydwu Umawiających się Stron, w obecności przedsiębiorstw realizujących zlecenie, według prawa polskiego stosowanego w umowach dotyczących robót budowlanych.

2. Odbiór robót budowlanych dotyczących objazdu miejscowości Gubin wraz z istniejącą drogą dojazdową dokonywany będzie przez właściwą administrację Rzeczypospolitej Polskiej w obecności przedsiębiorstw realizujących zlecenie według prawa polskiego stoscwanego przy umowach o robotach budowlanych; odbiór robót budowlanych dotyczących objazdu miejscowości Guben dokonywany będzie przez właściwą administrację Republiki Federalnej Niemiec, w obecności przedsiębiorstw realizujących zlecenie, według prawa niemieckiego stosowanego przy publicznych umowach budowlanych.

Artikel 5

Erhaltung

(1) Die Erhaltung (Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung) der Grenzbrücke sowie die Reinigung und der Winterdienst auf der Grenzbrücke wird von den Vertragsstaaten gesondert geregelt.

(2) Die Erhaltung (Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung) der Ortsumgehung Guben sowie die Reinigung und den

Artykuł 5

Utrzymanie

1. Zasady utrzymania (utrzymanie bieżące i odnowa) mostu granicznego jak również oczyszczanie i utrzymanie zimowe na moście granicznym zostaną uregulowane oddzielnie przez Umawiające się Strony.

2. Utrzymanie (utrzymanie bieżące i odnowę) objazdu miejscowości Gubin jak również oczyszczanie i utrzymanie zimowe przej-

Winterdienst übernimmt die Bundesrepublik Deutschland; die Erhaltung (Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung) der Ortsumgehung Guben (Gubin) sowie die Reinigung und den Winterdienst übernimmt die Republik Polen.

Artikel 6

Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Grunderwerb, den Bau der Grenzbrücke sowie die Kosten für die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Tätigkeiten, soweit die Grenzbrücke auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Bei der Aufteilung der Kosten ist die polnische Waren- und Dienstleistungssteuer nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Republik Polen getragen. Die Kosten für die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Tätigkeiten werden mit 10 vom Hundert der Baukosten ohne die polnische Waren- und Dienstleistungssteuer berücksichtigt.

(2) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen und für den Entwurf der Grenzbrücke werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere Vermessungsunterlagen und Baugrunduntersuchungen.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland trägt die Kosten für den Grunderwerb und den Bau der Ortsumgehung Guben; die Republik Polen trägt die Kosten für den Grunderwerb und den Bau der Ortsumgehung Guben (Gubin).

Artikel 7

Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Republik Polen den von ihr für die Grenzbrücke zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden.

(2) Die Republik Polen wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und sie dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlußabnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland erfolgen in Deutscher Mark.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Bauverträge, der Bestellurkunden und der festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8

Betretungsrecht

(1) Die beim Bau der Grenzbrücke beauftragten Beschäftigten jedes Vertragsstaats wie auch alle anderen am Bau beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und der für die Republik Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Union dürfen zur Wahrnehmung dieser Aufgabe die Grenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen. Angehörige anderer Staaten, die beim Bau der Grenzbrücke beschäftigt sind, dürfen die Grenze im Bereich der Baustelle überschreiten, wenn sie die nach dem Recht der Vertragsstaaten erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen ein von beiden Vertragsstaaten anerkanntes Dokument mit sich führen, das zum

mie Rzeczpospolita Polska; utrzymanie (utrzymanie bieżące i odnowę) objazdu miejscowości Guben jak również oczyszczanie i utrzymanie zimowe przejmie Republika Federalna Niemiec.

Artykuł 6

Koszty

1. Każda z Umawiających się Stron ponosi koszty pozyskania gruntów, budowy mostu granicznego jak również koszty czynności wyszczególnionych w art. 2 ust. 1, dla tej części mostu, która znajduje się na jej terytorium. Przy podziale tych kosztów nie należy uwzględniać polskiego podatku od towarów i usług. Podatek ten będzie obciążał wyłącznie Rzeczpospolitą Polską.

Koszty czynności wyszczególnionych w art. 2 ust. 1 będą wynosiły 10 % kosztów budowy mostu bez uwzględnienia polskiego podatku od towarów i usług.

2. Istniejąca dokumentacja niezbędna do planowania i projektowania mostu granicznego zostanie bezpłatnie przekazana wzajemnie do dyspozycji. W szczególności chodzi tu o dokumentację geodezyjną oraz badania gruntu.

3. Republika Federalna Niemiec ponosi koszty pozyskania gruntu i budowy objazdu miejscowości Guben; Rzeczpospolita Polska ponosi koszty pozyskania gruntu i budowy objazdu miejscowości Gubin.

Artykuł 7

Płatności

1. Republika Federalna Niemiec będzie przekazywała Rzeczypospolitej Polskiej przypadające na nią części płatności zaliczkowych dotyczących mostu granicznego, które dokonywane będą na rzecz zleceniobiorców odpowiednio do postępu prac budowlanych.

2. Rzeczpospolita Polska powiadamiać będzie Republikę Federalną Niemiec z dwumiesięcznym wyprzedzeniem o szacunkowym zapotrzebowaniu na środki finansowe dla płatności zaliczkowych oraz informować o stanie wypłat, przedstawiając zestawienia, w których wykazane będą wysokości i daty wypłat.

3. Republika Federalna Niemiec zapłaci resztę swego udziału w kosztach po odbiorze końcowym i rozliczeniu.

4. Wszystkie płatności Republiki Federalnej Niemiec dokonywane będą w markach niemieckich.

5. Powstanie rozbieżności nie wstrzymuje płatności kwot nie będących przedmiotem sporu.

6. Republika Federalna Niemiec otrzyma kopie umów budowlanych zamówień i potwierdzonych dokumentów rozliczeniowych.

Artykuł 8

Prawo przekraczania granicy

1. Pracownicy każdej z Umawiających się Stron, zatrudnieni przy budowie mostu granicznego oraz wszyscy inni biorący udział w budowie obywatele Umawiających się Stron i obywatele państw członkowskich Unii Europejskiej, które z Rzecząpospolitą Polską nie posiadają obowiązku wizowego, mogą dla realizacji tego zadania przekraczac granicę w rejonie placu budowy mostu granicznego oraz przebywać na tej części placu budowy, która znajduje się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, bez konieczności posiadania w tym celu zezwolenia na pobyt. Obywatele innych państw, którzy są zatrudnieni przy budowie mostu granicznego, mogą przekraczać granicę w rejonie placu budowy, jeśli posiadają przy sobie dokumenty i pozwolenia wymagane zgodnie z prawem Umawiających się Stron.

2. Osoby zatrudnione, o których mowa w ustępie 1 oraz inne osoby wymienione w tym ustępie, muszą posiadać ze sobą dokument uprawniający do przekroczenia granicy między Republiką

Übertritt über die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen berechtigt.

(3) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten beschäftigten Personen unterliegen den polnischen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an ausländische Staatsangehörige, unabhängig davon, ob sie Arbeiten in dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Republik Polen ausführen.

(4) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staats gelangt sind, jederzeit formlos rückübernehmen.

(5) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

(6) Diese Bestimmungen gelten solange und soweit keine gesonderten Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten über das Überschreiten der Grenze getroffen werden.

Artikel 9

Steuerliche Bestimmungen

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau der Grenzbrücke bewirkt werden, ist das polnische Waren- und Dienstleistungssteuerrecht anzuwenden. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau der Grenzbrücke verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die zum Bau der Grenzbrücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

(5) Unberührt bleibt das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie das dazugehörige Protokoll vom 18. Dezember 1972.

Artikel 10

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine deutsch-polnische Gemischte Kommission für den Bau der Grenzbrücke gebildet. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Gemischten Kommission mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muß auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską uznany przez każdą z Umawiających się Stron.

3. Pracownicy wymienieni w ustępie 1 oraz inne zatrudnione osoby wymienione w tym ustępie podlegają polskim przepisom prawnym w zakresie uzyskiwania zezwoleń na pracę dla cudzoziemców, niezależnie od tego, czy prace wykonywane będą na terytorium Republiki Federalnej Niemiec czy Rzeczypospolitej Polskiej.

4. Każda z Umawiających się Stron będzie zawsze bez formalności przejmować osoby, które wskutek naruszenia postanowień niniejszej Umowy znalazły się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

5. Szczegółowe zagadnienia dotyczące utrzymania bezpieczeństwa i porządku w rejonie placu budowy mostu granicznego zostaną uregulowane przez właściwe miejscowe władze graniczne we wzajemnym porozumieniu.

6. Niniejsze ustalenia będą obowiązywały tak długo, dopóki Umawiające się Strony nie zawrą odrębnych porozumień dotyczących przekraczania granicy.

Artykuł 9

Postanowienia podatkowe

1. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane będą w związku z budową mostu granicznego należy stosować polskie prawo dotyzące podatku od towarów i usług. Od obrotów tych nie będzie pobierany niemiecki podatek obrotowy.

2. Za towary wwożone z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony nie będą pobierane żadne opłaty wwozowe za wyjątkiem opłat celnych, jeżeli towary te będą użyte do budowy mostu granicznego. Obowiązuje to od czasu rozpoczęcia budowy. Gwarancje nie są wymagane. Postanowienia zdania pierwszego nie obowiązują przy wwozie towarów przeznaczonych dla publicznych administracji budowlanych.

3. Towary potrzebne do budowy mostu granicznego nie podlegają przy wwozie i wywozie żadnym organiczeniom i zakazom.

4. Właściwe władze podatkowe i celne obu Umawiających się Stron będą się porozumiewać i przekazywać sobie wszelkie niezbędne informacje oraz udzielać wzajemnie pomocy przy stosowaniu obowiązujących ich przepisów prawnych i administracyjnych w ramach postanowień ustępów od 1 do 3. Przedstawiciele tych władz będą uprawnieni do przebywania na placu budowy mostu granicznego i podejmowania tam działań w ramach postanowień ustępów od 1 do 3, które określono w ich przepisach prawnych i administracyjnych. Poza tym prawa suwerenności Umawiających się Stron pozostają nienaruszone.

5. Nienaruszone pozostają postanowienia Umowy z dnia 18 grudnia 1972 r. między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzecząpospolitą Ludową, w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku oraz Protokółu do tej Umowy z dnia 18 grudnia 1972 r.

Artykuł 10

Komisja Mieszana

1. Do spraw budowy mostu granicznego zostanie utworzona niemiecko-polska Komisja Mieszana. Składać się ona będzie z przewodniczących obu delegacji oraz z członków delegowanych na posiedzenia przez każdą z Umawiających się Stron. Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie o wyznaczeniu przewodniczących delegacji do Komisji Mieszanej. Każdy przewodniczący delegacji może zwołać pod swym przewodnictwem posiedzenie Komisji, w porozumieniu z przewodniczącym delegacji drugiej Umawiającej się Strony. Posiedzenie takie musi odbyć się w ciągu jednego miesiąca od wystąpienia z wnioskiem o jego zwołanie.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, grundsätzliche Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere zur

a) Gestaltung und zu den Abmessungen der Grenzbrücke,

b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,

c) Prüfung des Bauwerksentwurfs und des Vergabevorschlags,

d) Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,

e) Abnahme des Bauwerks,

f) Kostenteilung für den Bau der Grenzbrücke,

g) Übergabe und Übernahme des Bauwerks,

h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Streitigkeiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Jeder Vertragsstaat kann zu den Sitzungen der Gemischten Kommission Experten einladen.

(5) Die Gemischte Kommission faßt ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 11

Datenschutz

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des Rechts des jeweiligen Vertragsstaats personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die Bestimmungen der Anlage zu diesem Abkommen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften. Die Anlage ist Bestandteil des Abkommens.

Artikel 12

Sonstige Bauvorhaben

(1) Zur Schaffung der erforderlichen Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Grenzabfertigung des Warenverkehrs (Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren einschließlich der Transportmittel) ist der Bau von Grenzabfertigungsanlagen (Gebäude, Parkplätze, sonstige Einrichtungen) erforderlich. Diese sollen im Hoheitsgebiet der Republik Polen errichtet werden.

(2) Die Errichtung der Grenzabfertigungsanlagen und die damit zusammenhängenden Fragen werden von den Vertragsstaaten auf der Grundlage des Abkommens vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung gesondert geregelt.

Artikel 13

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Ausnahmsweise kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 14

Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluß

2. Zadaniem Komisji Mieszanej jest wyjaśnianie podstawowych problemów dotyczących budowy mostu granicznego jak również przedstawianie Umawiającym się Stronom zaleceń, w szczególności w sprawach:

a) konstrukcji i wymiarów mostu granicznego,

b) określenia zakresu wspólnych prac,

c) sprawdzenia projektu budowlanego i propozycji zlecenia prac,

d) osiągnięcia wspólnego stanowiska odnośnie płatności i warunków płatności,

e) odbioru obiektu budowlanego,

f) podziału kosztów budowy mostu granicznego,

g) przekazania i przyjęcia obiektu budowlanego,

h) interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy w przypadkach sporów.

3. Każda delegacja w Komisji Mieszanej może zażądać od właściwych władz administracyjnych drugiej Umawiającej się Strony przedłożenia dokumentów, które uzna za niezbędne do przygotowania decyzji Komisji.

4. Każda z Umawiających się Stron może zapraszać ekspertów na posiedzenia Komisji Mieszanej.

5. Komisja Mieszana podejmuje decyzje we wzajemnym porozumieniu.

Artykuł 11

Ochrona danych osobowych

Jeśli na podstawie niniejszej Umowy, zgodnie z regulacjami prawa każdej z Umawiających się Stron, przekazywane będą dane osobowe, obowiązują w odniesieniu do nich przy przestrzeganiu przepisów prawnych każdej z Umawiających się Stron, ustalenia zawarte w Załączniku do tej Umowy. Załącznik jest częścią składową niniejszej Umowy.

Artykuł 12

Pozostałe przedsięwzięcia budowlane

1. W celu uzyskania wymaganej wydajności oraz funkcjonalności odpraw granicznych towarów (wwóz, wywóz i przewozy towarów tranzytem, łącznie ze środkami transportu) wymagana jest budowa urządzeń odprawy granicznej (budynki, parkingi i inne urządzenia). Powinny być one zlokalizowane na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.

2. Budowa urządzeń odprawy granicznej oraz problemy z nią związane będą uregulowane oddzielnie między Umawiającymi się Stronami na podstawie Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską z dnia 29 lipca 1992 r. o ułatwieniach w odprawie granicznej.

Artykuł 13

Rozbieżności

Rozbieżności dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy powinny być rozstrzygane przez właściwe władze Umawiających się Stron. Każda z Umawiających się Stron może zasięgnąć opinii Komisji Mieszanej w tych sprawach. Wyjątkowo może być wykorzystana droga dyplomatyczna.

Artykuł 14

Okres obowiązywania i zmiany Umowy

1. Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Może być ona zmieniona, uzupełniona albo uchylona tylko za zgodą Umawiających się Stron.

2. Jeżeli podczas realizacji Umowy ujawnią się znaczne trudności lub zmienią się zasadniczo warunki, na jakich była ona

bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine Neuregelung verhandeln.

zawarta, to na żądanie jednej z Umawiających się Stron, Strony podejmą negocjacje w sprawie ustalenia nowych uregulowań.

Artikel 15

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artykuł 15

Wejście w życie Umowy

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji; wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi tak szybko, jak będzie to tylko możliwe w Bonn.

2. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych.

Geschehen zu Warschau am 20. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sporządzono w Warszawie, dnia 20 marca 1995 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w języku niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec
J. Bauch
Matthias Wissmann

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Liberadzki

Anlage zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek

Datenschutz

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch den übermittelnden Vertragsstaat vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.

2. Der Empfänger unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.

4. Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem Recht des jeweiligen Vertragsstaats geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.

5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Seite nach Maßgabe des für sie geltenden Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Seite verursacht worden ist.

Załącznik do Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o połączeniu niemieckiej drogi federalnej B 97 i polskiej drogi krajowej 274 oraz o budowie mostu granicznego w rejonie Guben i Gubinka

Ochrona danych osobowych

1) Wykorzystanie danych przez odbiorcę dopuszczalne jest jedynie w podanym celu oraz przy zachowaniu warunków określonych przez tę z Umawiających się Stron, która dane te przekazuje.

2) Na prośbę odbiorca informuje Umawiającą się Stronę, która przekazuje dane, o sposobie ich wykorzystania oraz o osiągniętych dzięki temu rezultatach.

3) Dane osobowe mogą być przekazywane wyłącznie tym jednostkom, które są upoważnione do ich odbioru. Dalsze przekazywanie danych innym jednostkom może nastąpić jedynie po uprzednim wyrażeniu zgody przez jednostkę przekazującą dane.

4) Umawiająca się Strona przekazująca dane zobowiązana jest do zwrócenia uwagi na ich prawidłowość oraz potrzebę ich dostarczenia z uwzględnieniem celu, któremu ma służyć przekazanie tych danych. Należy przy tym przestrzegać obowiązujących zakazów przekazywania danych według prawa każdej z Umawiających się Stron. Jeśli okaże się, że przekazano dane nieprawidłowe albo dane, których nie wolno było przekazać, należy powiadomić o tym niezwłocznie odbiorcę. Zobowiązany on jest do poprawienia albo zniszczenia danych.

5) Na wniosek zainteresowanego należy poinformować go o istniejących danych, które dotyczą jego osoby oraz o zamierzonym celu ich wykorzystania. Obowiązek informowania nie istnieje, jeśli okaże się, że w przypadku nie udzielenia informacji interes publiczny przeważa nad interesem osoby, której udzielonoby informacji. Poza tym prawo zainteresowanego do otrzymania informacji o istniejących danych dotyczących jego osoby respektowane jest według prawa tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o udzielenie informacji.

6) Jeśli ktoś poniesie szkody wskutek sprzecznego z prawem rozpowszechniania informacji pozyskanych w ramach wymiany danych według niniejszej Umowy, odpowiedzialność wobec niego spoczywa na Stronie odbierającej dane zgodnie z obowiązującym ją prawem. Dla oczyszczenia się z zarzutów nie może ona w stosunku do poszkodowanego powoływać się na to, że szkoda spowodowana została przez Stronę przekazującą dane.

7. Der übermittelnde Vertragsstaat weist bei der Übermittlung auf die nach seinem Recht geltenden Löschungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

8. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

9. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

7) Umawiająca się Strona, która przekazuje dane, informuje przy przekazywaniu o terminach ich likwidacji obowiązujących według jej prawa. Niezależnie od tych terminów, należy zlikwidować przekazane dane osobowe w przypadku, jeżeli dla tego celu, dla którego zostały przekazane, nie są już wymagane.

8) Umawiające się Strony są zobowiązane do udokumentowania w aktach faktu przekazania i odbioru danych osobowych.

9) Umawiające się Strony są zobowiązane do skutecznego chronienia przekazanych danych osobowych przed nieupoważnionym dostępem, nieupoważnioną zmianą i nieupoważnionym podaniem do wiadomości.

Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Polen

haben anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek Nachstehendes vereinbart, das Bestandteil des Abkommens ist:

1. Um im Interesse einer baldigen Verbesserung der Verkehrsbeziehungen eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Grenzbrücke sicherzustellen, wird nach Unterzeichnung des Abkommens und damit noch vor seinem Inkrafttreten mit den Bauarbeiten begonnen.
2. Über die zum Vorstehenden zu treffenden Maßnahmen werden die Regierungen der Vertragsstaaten sich jeweils rechtzeitig verständigen; diese Verständigung wird in gutem nachbarschaftlichem Geist und im Rahmen der gemeinsamen Verkehrsplanung vor sich gehen.

Geschehen zu Warschau am 20. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Protokół

Republika Federalna Niemiec

i

Rzeczpospolita Polska

przy okazji podpisania Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o połączeniu niemieckiej drogi federalnej B 97 oraz polskiej drogi krajowej 274 i o budowie mostu granicznego w rejonie Guben i Gubinka, przyjęły następujące uzgodnienia, które stanowią integralną część tej Umowy:

1. W celu możliwie najszybszego oddania do eksploatacji mostu granicznego oraz przejścia granicznego i dla poprawy warunków komunikacyjnych, prace budowlane zostaną rozpoczęte po podpisaniu Umowy, to znaczy jeszcze przed jej wejściem w życie.
2. Rządy Umawiających się Stron będą porozumiewały się we właściwym czasie co do działań związanych z realizacją przedsięwzięć; uzgodnienia takie będą podejmowane w duchu dobrosąsiedztwa i w ramach wspólnych planów komunikacyjnych.

Sporządzono w Warszawe dnia 20 marca 1995 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w języku niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec
J. Bauch
Matthias Wissmann

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Liberadzki

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Am 20. März 1995 ist das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Zusammenschluß der deutschen Bundesstraße B 97 und der polnischen Landesstraße 274 sowie über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Guben und Gubinek in Warschau unterzeichnet worden. Die damit angestrebte weitere Verbesserung des Straßenverkehrs zwischen den beiden Staaten geschieht in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Durch den Bau der Grenzbrücke über die Neiße sollen die Bundesstraße B 97 in Richtung Osten und die polnische Landesstraße 274 in Richtung Westen im Raum Guben und Gubinek zusammengeschlossen werden. Die Bauarbeiten für die Grenzbrücke sollen 1998 abgeschlossen werden.

II. Besonderes

1. Zum Abkommen

Artikel 1 regelt den Gegenstand des Abkommens: Bau einer Grenzbrücke über die Neiße im Zuge der Bundesstraße B 97.

Artikel 2 weist die Ausführung der für den Bau der Grenzbrücke notwendigen Arbeiten der Republik Polen zu.

Artikel 3 verpflichtet die Vertragsstaaten zum rechtzeitigen Grunderwerb auf ihrem Hoheitsgebiet.

Artikel 4 sieht die Abnahme der Grenzbrücke durch die zuständigen Verwaltungen der Vertragsstaaten vor; es gilt das bei öffentlichen Bauaufträgen angewendete polnische Recht.

Artikel 5 bestimmt, daß für die Erhaltung der Grenzbrücke eine gesonderte Regelung getroffen wird; nach Nummer 2 Buchstabe e der Anlage zum Abkommen vom 20. März 1995 über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze obliegt die Erhaltung dieser Grenzbrücke der Republik Polen auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten.

Artikel 6 teilt die Kosten für den Bau der Grenzbrücke nach dem Territorialprinzip: Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten, soweit das Bauwerk auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Bei der Aufteilung der Kosten bleibt die polnische Waren- und Dienstleistungssteuer unberücksichtigt; diese wird allein von der Republik Polen getragen.

Artikel 7 legt die Erstattung des von der Bundesrepublik Deutschland zu tragenden Anteils der Zahlungen fest, die die Republik Polen an die Auftragnehmer leistet, und regelt das Verfahren.

Artikel 8 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die beim Bau der Grenzbrücke Beschäftigten der Vertragsstaaten oder die sonst beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie der für Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Grenze überschreiten und sich auf der Baustelle aufhalten dürfen.

Artikel 9 beruht auf der Erwägung und der praktischen Erfahrung, daß es am einfachsten und zweckmäßigsten ist, wenn das Besteuerungsrecht eines Vertragsstaats, möglichst des planenden und bauausführenden Vertragsstaats, im gesamten Baustellenbereich auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten zur Anwendung kommt. Durch Artikel 9 wird ferner gewährleistet, daß zum Zwecke der Errichtung des Bauwerks ein weitgehend ungehinderter Warenverkehr stattfindet.

Artikel 10 sieht die Bildung einer deutsch-polnischen Gemischten Kommission vor, die beim Bau der Grenzbrücke anfallende bautechnische Fragen einvernehmlich klären und bestimmte nach dem Abkommen notwendige Maßnahmen und Entscheidungen vorbereiten soll.

Artikel 11 stellt sicher, daß der Datenschutz unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften gewährleistet wird, sofern aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden.

Artikel 12 sieht vor, daß über den Bau von Grenzabfertigungsanlagen auf der Grundlage des Abkommens vom 29. Juli 1992 über Erleichterungen der Grenzabfertigung eine gesonderte Vereinbarung geschlossen wird.

Artikel 13 regelt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten.

Artikel 14 regelt die Geltungsdauer und legt fest, wann eine Änderung des Abkommens in Betracht kommen kann.

Artikel 15 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens nach Austausch der Ratifikationsurkunden fest.

2. Zur Anlage

Die Anlage enthält detaillierte Regelungen zu dem nach Artikel 11 zu gewährleistenden Datenschutz.

3. Zum Protokoll

Nummer 1 sieht vor, daß mit den Bauarbeiten bereits nach Unterzeichnung des Abkommens begonnen werden soll.

Nummer 2 enthält die Versicherung gegenseitiger Verständigung über die in gutem nachbarschaftlichen Geist zu treffenden Maßnahmen.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 527406 10.95
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333